

1. SDMV-Abstimmung

21. April 2013

- Antragsbuch -



Erstellt von Sebastian Degenhardt (Twitter: @kontrauente, E-Mail: sebastiandegenhardt@gmx.de)
Bodenheim, 24. März 2013

Dieses Antragsbuch fasst die zur Abstimmung stehenden Anträge zusammen. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Korrektheit.

Abgestimmt wird nur über die Texte, die unter "Antrag" stehen. Alle weiteren Informationen wie beispielsweise die Begründung, sind Ergänzungen, die aber keine Relevanz für den Antrag selbst besitzen.

Bitte benutzt für die Aussprache die dazu vorgesehene Mailingliste:
<https://service.piratenpartei.de/listinfo/rlp-antragsdiskussion>

Weitere Informationen zur SDMV findet ihr unter <http://wiki.piratenpartei.de/RP:SDMV>

Inhaltsverzeichnis

Wahlprogrammanträge.....	4
2012.1/P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher.....	4
2012.1/P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung.....	5
2012.1/P25 Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen.....	6
2012.1/P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer.....	7
2012.2/031 Sondermülldeponien.....	8
2013.2/001 Erforschung und Einsatz von Drohnen.....	9
2013.2/002 Energiepolitik-Kapitel aufräumen.....	10
2013.2/003 Trennung von Staat und Religion.....	11
2013.2/004 Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften.....	12
2013.2/005 Keine Sonderregelungen für Religionsgemeinschaften im Arbeitsrecht.....	13
2013.2/006 Keine religiösen Symbole in staatlichen Institutionen.....	14
2013.2/007 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (A).....	15
2013.2/008 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (B).....	16
2013.2/009 Maßnahmen zur Lärm- und Erschütterungsvermeidung im Bahnverkehr.....	17
2013.2/010 Wissenschaftlich fundierte Kriminalitätsprävention.....	19
2013.2/011 Sicherheitsbewusstsein stärken.....	20
2013.2/012 5-Prozent-Hürde halbieren.....	21
2013.2/013 Briefwahl auf ein notwendiges Minimum reduzieren.....	22
Sonstige Anträge.....	23
2013.2/014 Bugfix für SDMV-Geschäftsordnung.....	23

Wahlprogrammanträge

2012.1/P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher

Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm im Kapitel "Wirtschaft" nach dem Unterpunkt "Privatisierungen" als weiteren Unterpunkt folgendes einzufügen:

Die Rheinland-Pfälzer PIRATEN setzen sich für den Erhalt der Gewerbesteuer ein. Diese Steuer ist das einzige kommunale Instrument, welches in direkter Bürgernähe selbstständig von den Kommunen zur Steuerung lokaler Interessen der Bürger eingesetzt werden kann.

Die Wechselwirkungsmöglichkeiten zwischen kommunalem Gewerbesteuersatz, Bürgerinteressen vor Ort und der freien Entscheidungsmöglichkeit von Firmen zur Standortwahl erweisen sich als guter Ansatz des demokratischen Gedankens.

Begründung

Eine vereinheitlichte Gewerbesteuer bedeutet zwangsläufig die Gewerbeansiedlung in infrastrukturstarken Ballungszentren. Eine Konkurrenzsituation kann durchaus sinnvoll sein im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. Den Kommunen bleibt ein Spielraum zur eigenen Gestaltung kommunaler Bedürfnisse und Einnahmen. Dieses wollen wir hiermit zum Ausdruck bringen.

2012.1/P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung

Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm im Kapitel "Wirtschaft" nach dem Unterpunkt "Privatisierungen" als weiteren Unterpunkt folgendes einzufügen:

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer soll künftig für alle Unternehmen mit Sitz in RLP zu 100% immer dort anfallen, wo der "Mehrwert" erschaffen wird und nicht mehr dort, wo der Stammsitz des Mutterkonzerns gemeldet ist.

Begründung

Keine Steuerverluste mehr durch ausländische Firmenübernahmen (Bsp. Opel/GM)

Windkraftanlagen erwirtschaften Ihre Erträge da, wo der Wind weht und die Anwohner den Anblick ertragen müssen und nicht da, wo die Investoren und die Betreibergesellschaft im Grünen sitzen.

2012.1/P25 Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen

Antrag

Es wird beantragt, den Punkt "3.3.2.1 Zugangerschwerungsgesetz aufheben!" ersatzlos aus dem Wahlprogramm zu löschen und die Numerierung entsprechend anzupassen. Der Passus lautet: "Die PIRATEN werden sich dafür stark machen, den Irrweg des Zugangerschwerungsgesetzes zu beenden und dieses Zensur-Gesetz aufzuheben."

[RP:Wahlprogramm#Zugangerschwerungsgesetz_aufheben.21](#)

Begründung

Das Gesetz wurde am 02.12.2011 aufgehoben:

<http://www.zdnet.de/news/41558455/bundestag-hebt-zensursula-gesetz-endgueltig-auf.htm>

2012.1/P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer

Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm im Kapitel "Wirtschaft" nach dem Unterpunkt "Privatisierungen" als weiteren Unterpunkt folgendes einzufügen:

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer soll nicht mehr von jeder Gemeinde eigenständig festgelegt, sondern auf Bundesebene bedarfsgerecht vereinheitlicht werden.

Begründung

Hinterzimmerpolitik und Bestechungen kann so vorgebeugt werden, freie Entscheidungswahl der Unternehmen/Konzerne hat nichts mit demokratischen Gedanken zu tun, sondern dient nur den Eigeninteressen der Unternehmen und der Bereicherung Einzelner.

Eine Ausspielung der Gemeinden gegeneinander auf das niedrigste Verhandlungsniveau dient ebenso nur den Unternehmen und nicht dem Staatswesen oder dem Bürger und kann so verhindert werden.

Belegbar benötigte Infrastruktur muss aus Länder-/Bundeskasse bedarfsgerecht bereitgestellt werden und strukturschwache Regionen bedürfen einer besonderen Berücksichtigung um unnötigen Ballungszentren entgegen wirken zu können. Unnötiger Erstellung von Industrieparks in ländlichen Gebieten und weiterer Zerstörung der Natur ist aber auch entgegen zu wirken, da die bisherige Praxis gezeigt hat, dass viele großzügig angelegte Industrieparks in ländlichen Regionen brach liegen und nur weitere Folgekosten ohne entsprechende Einnahmen erzeugen.

2012.2/031 Sondermülldeponien

Antrag

Der Landesparteitag möge für das Wahlprogramm, Abschnitt Umwelt- und Energiepolitik folgenden Text beschließen:

Sondermülldeponien in Rheinland-Pfalz: Sanieren durch Rückbau statt Abkapseln durch Abdichten

Für alle oberirdischen Sondermülldeponien soll eine komplette Sanierung durch Rückbau erfolgen, damit auch in Zukunft keine Gefahr des Eindringens von Giftstoffen in Grundwasser und Atmosphäre besteht. Eine bloße Abkapselung durch Abdichtung und Abdeckung, bei der die Risiken und Kosten nachfolgenden Generationen übertragen werden, lehnen wir ab. Dazu fordern wir komplette Transparenz und Information über die eingelagerten Stoffe, so auch die Veröffentlichung aller Meßergebnisse. Falls keine Informationen vorliegen, müssen durch unabhängige Gutachter entsprechende Untersuchungen und Messungen durchgeführt werden. Im Anschluss daran sollen Sanierungsprojekte ausgearbeitet werden, um die Abtragung und Sanierung der Deponien durch Rückbau der Deponie in Phasen durchzuführen. Die Verursacher der Altlasten sollen soweit möglich bei der Durchführung und Finanzierung der Sanierung in die Pflicht genommen werden.

Begründung

Im LQFB bekam diese Ini auf Bundesebene 82% Zustimmung <http://lfpp.de/i3868>

Weiterführende Links: <http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie>

http://de.wikipedia.org/wiki/Abfall#Abfallbehandlung_und_Deponierung

<http://de.wikipedia.org/wiki/Deponie> Beispiel einer Sanierung durch Abtragung:

http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie_Kölliken

2013.2/001 Erforschung und Einsatz von Drohnen

Antrag

Im Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" des Wahlprogramms wird hinter dem Punkt "Versammlungsfreiheit" ein neuer Punkt

"Erforschung und Einsatz von Drohnen"

Wir sehen die Erforschung und den Einsatz von Drohnen – in der Fachsprache oft UAS (Unmanned Aircraft System), UAV (Unmanned Aerial Vehicle) oder RPAS (Remotely Piloted Aircraft System) genannt – durch staatliche und private Organisationen sehr kritisch. Der Einsatz von Drohnen ermöglicht nicht nur eine rapide Ausweitung von verdachtsunabhängiger Datensammlung und Überwachung, sondern er führt durch die Kombination von Automatisierung und Bewaffnung zu erheblichen Gefahren für alle Menschen, die sich im Einsatzbereich von Drohnen aufhalten. Drohneneinsätze erzeugen ein Klima der Angst, das einer freiheitlichen Gesellschaft nicht angemessen ist.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz lehnt deshalb innen-, rechts-, forschungs- und rüstungspolitische Maßnahmen zur Förderung des Drohneneinsatzes ab, sofern nicht sichergestellt werden kann, dass die unbemannten Flugsysteme nicht gegen Menschen eingesetzt werden und die Grundrechte nicht einschränken. Dies ist beispielsweise denkbar im Bereich Katastrophenhilfe, Vermisstensuche und Umweltforschung. Militär, Polizei und andere Sicherheitsbehörden sollen keine Drohnen einsetzen. Den Einsatz und die Erforschung bewaffneter Drohnen lehnen wir kategorisch ab." eingefügt.

Begründung

Derzeit nutzen bereits die Bundespolizei sowie die Landespolizeien in Berlin, Niedersachsen, Hessen und Sachsen Drohnen für Überwachungszwecke. Die Militär- und Sicherheitsbehörden arbeiten weltweit intensiv am Ausbau der Drohnentechnologie. Die EU-Kommission erwartet von der Drohnenutzung einen großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen. Sie verfolgt eine sog. „roadmap“, nach der bis 2016 Drohnen als reguläre Teilnehmer am Luftverkehr in den Mitgliedsstaaten etabliert werden sollen. Außerdem fördert die EU-Kommission den Einsatz von Drohnen gegen Migranten (FRONTEX) und EU-Bürger (INDECT) und unterstützt Projekte, wie z.B. AEROCEPTOR, das u.a. in Zusammenarbeit mit der israelischen Rüstungsindustrie bewaffnete Drohnensysteme entwickelt, die in der Lage sein sollen, Fahrzeuge zu stoppen. Das Bundesministerium des Inneren geht davon aus, dass auch das Bundeskriminalamt und der Verfassungsschutz künftig Drohnen einsetzen werden. In einer Änderung des Luftverkehrsgesetzes hat der Deutsche Bundestag ohne weitere Aussprache in der Nacht von 26. zum 27. Januar 2012 für „unbemannte Luftfahrtsysteme“ bis zu 150 Kilogramm die gleichberechtigte Teilnahme am Luftverkehr neben bemannten Flugzeugen beschlossen

<https://www.piratenpartei.de/2013/02/08/polizeidrohnennachst-in-europa/>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Polizei-Drohne>

<http://www.heise.de/tp/artikel/38/38529/1.html>

<http://www.heise.de/tp/artikel/38/38416/1.html>

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/aerospace/uas/index_en.htm

http://ec.europa.eu/enterprise/docs/uas/53_Dittmar.pdf

2013.2/002 Energiepolitik-Kapitel aufräumen

Antrag

Das Kapitel 18 "Energiepolitik" des Wahlprogramms wird in "Umwelt- und Energiepolitik" umbenannt.

Der Punkt 18.7 "Nutzung von öffentlichen Gebäuden für regenerative Energie" wird zwischen 18.2.4 "Energieplanung und Risikobewertung" und 18.2.5 "Netzneutralität bei Energienetzen" auf der dritten Hierarchieebene eingefügt.

Die verbleibenden Punkte 18.4 "Einsatz erneuerbarer Energien statt fossiler Brennstoffe" bis 18.9 "Transparenz in der Energiepolitik - Verträge öffentlich machen!" werden gestrichen.

Die Punkte 18.3.1 "Verbraucherinformation verbessern" bis 18.3.5 "Ausbau des Landesumweltinformationsgesetzes" werden in das Kapitel 17 "Verbraucherschutz" verschoben und ersetzen dabei die Punkte 17.1 "Verbraucherinformationsgesetz" bis 17.4 "Verbraucherinformation vor Ort durch Smiley-System".

Die somit alleine stehende Überschrift 18.3 "Verbraucherschutz und Umweltinformationsrechte" wird gestrichen.

Punkt 18.2.11 "Natur- und Landschaftsschutz" wird eine Hierarchieebene höher angesiedelt (als Punkt 18.3) und die Punkte 18.2.12 "Landesplanung" bis 18.2.20 "Lichtverschmutzung" als entsprechende Unterpunkte 18.3.X geführt.

18.10 "Fracking" wird ebenfalls zu einem Unterpunkt von 18.3.

Anmerkung: Sämtliche Gliederungsnummern dienen nur der besseren Nachvollziehbarkeit der Änderungen. Im Wahlprogramm selbst sind weder Gliederungsnummern vorhanden, noch sollen sie eingefügt werden.

Begründung

Der Antrag 2012.2/037/Umwelt- und Energiepolitik hat einige Passagen des Wahlprogramms neu gefasst ohne die alten zu löschen. Dieser Antrag soll dies nachholen und für eine verbesserte Strukturierung sorgen.

2013.2/003 Trennung von Staat und Religion

Antrag

Die Abschnitte "Kein Religionsbezug in der Landesverfassung" (im Kapitel "Modernisierung der Demokratie"), "Staatsleistungen an Kirchen beenden" (im Kapitel "Landesfinanzen") und "Abschaffung des Tanzverbots" (im Kapitel Kultur) werden aus dem Wahlprogramm gestrichen.

Statt dessen wird das folgende Kapitel hinter das Kapitel "Modernisierung der Demokratie" eingefügt.

Trennung von Staat und Religion

Kein Religionsbezug in der Landesverfassung

Ein weltlicher und demokratischer Staat steht für die Achtung von Menschen unabhängig ihrer religiösen Ansichten. Statt spezifischem Religionsbezug fordern wir ein Bekenntnis zu allgemein gültigen Werten, auf denen die Gesellschaft aufbaut. Deutschland garantiert als weltlicher Staat Religionsfreiheit. Religiöse und religionsfreie Weltanschauungen sind Privatsache und die Freiheit der Wahl sowie Gleichbehandlung ist durch eine Verfassung ohne Bezüge zu einem Gott oder einer bestimmten Religion zu garantieren.

Staatsleistungen an Kirchen beenden

Die Länder zahlen jährlich ca. 400-500 Millionen Euro an die Kirchen. In Rheinland-Pfalz wurden dafür im Landeshaushalt 2013 etwa 53 Millionen Euro veranschlagt. Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz müssen darüber hinaus aufgrund jahrhundertealter Verträge eigene Zahlungen an Kirchengemeinden leisten. Wir möchten diese Zahlungsverpflichtungen von Land und Kommunen gesetzlich beenden.

Abschaffung des Versammlungs-, Sport- und Tanzverbots

Im „Landesgesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage“ ist das Verbot verschiedener Veranstaltungen geregelt. Wir wollen die Paragraphen 6, 7 und 8 streichen (Verbot von Versammlungen und Veranstaltungen, Verbot von Sportveranstaltungen, Verbot von Tanzveranstaltungen). Der Staat soll hier nicht in die Freiheit des Einzelnen eingreifen.

Begründung

An verschiedenen Stellen im Wahlprogramm werden bereits vereinzelt Punkte thematisiert, die eine Angleichung religiös und kirchlich motivierter gesetzlicher Regelungen an die heutige offene, pluralistische und säkulare Gesellschaft anstreben. Diese Punkte sollten in einem eigenen Kapitel gebündelt werden.

Quellen für Staatsleistungen an Kirchen beenden:

- <http://www.fm.rlp.de/startseite/finanzen/landeshaushalt/haushalt-20122013/> (Landeshaushalt Rheinland-Pfalz 2012/2013)
 - Ausgaben 53.430 Tsd. € für Kirchliche Angelegenheiten im Punkt Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten; S. 94
 - Einnahmen 7 Tsd. €
- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spardebate-staat-zahlt-442-millionen-euro-fuer-kirchengehaelter-a-699422.html> (SPON-Artikel vom 08.06.2010)

2013.2/004 Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften

Antrag

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften

Die Verwaltung religiöser Institutionen ist vollständig in deren eigene Hände zu legen. Staatliche Stellen dürfen infolge dessen nicht mehr für Austritte aus Religionsgemeinschaften zuständig sein. Damit verbundene Bearbeitungsgebühren entfallen.

Die staatlichen Finanzbehörden sollen nicht länger Kirchensteuern einziehen und verwalten. Kirchen und Religionsgemeinschaften können sich in eigener Verantwortung über Mitgliedsbeiträge finanzieren."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion".

Begründung

-

2013.2/005 Keine Sonderregelungen für Religionsgemeinschaften im Arbeitsrecht

Antrag

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Keine Sonderregelungen für Religionsgemeinschaften im Arbeitsrecht

Beschäftigte bei Religionsgemeinschaften müssen als Arbeitnehmer die gleichen Rechte haben wie Beschäftigte in nichtreligiösen Unternehmen bzw. Organisationen. Auch bis zur vollständigen Entflechtung von Kirche und Staat darf es nicht hingenommen werden, dass in Organisationen, die öffentliche Gelder erhalten, Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer persönlichen Meinung oder ihrem privaten Lebenswandel benachteiligt werden."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion".

Begründung

-

2013.2/006 Keine religiösen Symbole in staatlichen Institutionen

Antrag

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Keine religiösen Symbole in staatlichen Institutionen

Alle religiösen Symbole werden aus staatlichen Institutionen entfernt. Architektur und Gestaltung eines Gebäudes lassen auf den Charakter der Verwendung dieses Gebäudes schließen. Aufgrund des Anspruchs weltanschaulicher Neutralität unserer staatlichen Institutionen haben religiöse Symbole jeder Art in diesen Institutionen keinen Platz. Davon unberührt bleiben religiöse Symbole, die Angestellte z. B. als Kleidung oder Schmuck tragen (Kreuze als Anhänger, Kopftuch). Eigene Überzeugungen auf diese Art zum Ausdruck zu bringen liegt in der freien Entscheidung jedes einzelnen Menschen."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion".

Begründung

-

2013.2/007 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (A)

Antrag

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage

In Rheinland-Pfalz leben viele Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen zusammen. Die Meinungen darüber, welche Tage des Jahres einen besonderen Stellenwert haben, gehen mitunter weit auseinander.

Deswegen setzen wir uns für die Aufhebung der gesetzlichen Feiertage ein. Stattdessen bekommt jeder Arbeitnehmer 12 zusätzliche Urlaubstage, die er frei auf das Jahr verteilen kann und die im Arbeitsvertrag festgeschrieben werden. Im Gegensatz zu den übrigen Urlaubstagen müssen diese nicht eingereicht und vom Arbeitgeber genehmigt werden.

Für Personen, die in Notfall- und Pflegeberufen tätig sind (Feuerwehrleute, Rettungsdienst, Polizei, Ärzte, Kranken- und Altenpflege etc.), sind Ausnahmeregelungen notwendig, die eine Absicherung des Personalbedarfs gewährleisten."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion" und konkurriert mit "Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (B)".

Begründung

-

2013.2/008 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (B)

Antrag

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage

In Rheinland-Pfalz leben viele Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen zusammen. Die Meinungen darüber, welche Tage des Jahres einen besonderen Stellenwert haben, gehen mitunter weit auseinander.

Deswegen setzen wir uns für die Aufhebung der gesetzlichen Feiertage ein. Auch Sonntage sollen nicht mehr als Feiertage zählen. Stattdessen bekommt jeder Arbeitnehmer 64 zusätzliche Urlaubstage, die er frei auf das Jahr verteilen kann und die im Arbeitsvertrag festgeschrieben werden. Im Gegensatz zu den übrigen Urlaubstagen müssen diese nicht eingereicht und vom Arbeitgeber genehmigt werden.

Für Personen, die in Notfall- und Pflegeberufen tätig sind (Feuerwehrleute, Rettungsdienst, Polizei, Ärzte, Kranken- und Altenpflege etc.), sind Ausnahmeregelungen notwendig, die eine Absicherung des Personalbedarfs gewährleisten."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion" und konkurriert mit "Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (A)".

Begründung

-

2013.2/009 Maßnahmen zur Lärm- und Erschütterungsvermeidung im Bahnverkehr

Antrag

Im Landeswahlprogramm wird hinter dem Kapitel "Flugverkehrsbelastungen minimieren" ein neues Kapitel "Maßnahmen zur Lärm- und Erschütterungsvermeidung im Bahnverkehr" mit dem nachfolgenden Inhalt eingefügt.

Die Piratenpartei fordert die Ausweitung des im Dez.2012 eingeführten lärmabhängigen Trassenpreissystem sowie des Pilot- und Innovationsprogramm "Leiser Güterverkehr" mit folgenden Punkten:

Sofortige Maßnahmen zur Umrüstung aller Güterwaggons mit neuen, lärm mindernden Rädern und Bremsen. Dazu sollen Anreize geschaffen werden über:

1. die Finanzierung mittels günstiger Kredite, die für einen bestimmten Zeitraum zins- und tilgungsfrei sind.

2. Sonderabschreibungen, die günstiger sind je früher die Umrüstung erfolgt.

Für diese Umrüstung muss ein genauer Zeitstrahl bezogen auf die verschiedenen Rollmaterialien erstellt werden.

3. Alle lauten Güterwaggons, ob privat, staatlich oder ausländisch müssen ab sofort mit einer monatlichen Lärmpauschale belegt werden, die jedes Jahr höher wird.

Festlegung von Grenz- und Alarmwerten in der Bundesimmissionsschutzverordnung. Diese sollen nach Empfindlichkeitsstufen gestaffelt werden und auch bei Klagen Rechtskraft besitzen.

Die Piratenpartei fordert weiterhin die sofortige Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Bau einer Umgehung von Rhein- und Moseltal. Die Aufnahme dieses Projektes in den Bundesverkehrswegeplan 2015 ist notwendig. Langfristig fordern wir die Entwicklung von neuen, alternativen Transportsystemen, die vorzugsweise unterirdisch angelegt werden.

Begründung

Es gibt zwischen 150.000 und 180.000 Waggons in Deutschland, die sich auf verschiedene Eigentümer aufteilen.

Die Waggons haben eine durchschnittliche Laufzeit von 35 bis 40 Jahren.

Kosten der Umrüstung ca. 1,2 Milliarden €.

Auf der Rheinstrecke wird zur Zeit ein "Flüsterzug" getestet, der u. a. Bremsen aus Verbundstoffen ausgerüstet ist. Das ist leise und schont die Abnutzung der Räder.

Dass diese Umrüstung möglich ist, zeigt die Schweiz, wo von 2004 bis 2009 fast alle Güterwagen umgerüstet wurden. Von 1999 bis 2004 wurden vorher schon die Personenwagen umgerüstet.

Bahnlärm bei ca. 100dB ist gesundheitsschädigend. Siehe hier die Studie von Prof. Eberhard Greiser über Kosten der Gesundheit durch Lärm. Weitere Kosten fallen an durch den Rückgang der Touristik, durch nicht mehr, oder nur noch weit unter Preis verkäufliche Immobilien im Lärm und Erschütterungsbereich.

Im Rheintal fahren bis zu 500 Züge pro 24 Std. Nachts gibt es keine Pause bzw. den stärksten Lärm, da überwiegend Güterzüge fahren.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch den Bahnlärm und die Erschütterungen ist pro Jahr größer als die Abschreibung neuer Waggontechniken.

Piraten fordern flüsternde Güterzüge

Piraten fordern ein europäisches Investitionsprogramm für die Beschaffung neuer Güterzüge als weitere Lösung zur Reduzierung der Lärmbelastigung im Mittelrheintal und im Moseltal.

Das Förderprogramm soll bei den Güterwagons beginnen und später auch die Lokomotiven umfassen.

Für Deutschland als Exportnation ist der freie Transport von Gütern extrem wichtig, deshalb sind restriktive Maßnahmen nicht sinnvoll. Umrüsten der Bremsen

Umrüstung der Räder

Befahrung nur noch mit "Flüsterzügen"

Empfindlichkeitsstufen können Deutschlandweit wie folgt klassifiziert werden

- I=Erholungsgebiet;
- II=Wohngebiet;
- III=Wohnen/Gewerbe;
- IV=Industriegebiet

Bundesverkehrswegeplan 2015

<http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/UI/verkehrsprognose-2015.html?nn=35978>

2013.2/010 Wissenschaftlich fundierte Kriminalitätsprävention

Antrag

Der Landesparteitag beschließt: Im Wahlprogramm wird im Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" hinter dem Abschnitt "Echte Sicherheitspolitik auf Basis von Fakten " ein neuer Abschnitt "Wissenschaftlich fundierte Kriminalpräventionsstrategie" eingefügt mit folgendem Text:

"Um schon den Ursachen von Kriminalität entgegenzuwirken, wollen wir den Schwerpunkt unserer Sicherheitspolitik auf die Förderung von Kriminalpräventionsmaßnahmen und -projekten legen, deren Wirksamkeit - anders als bei Überwachungsmaßnahmen - wissenschaftlich erwiesen ist (z.B. Präventionsprojekte mit Jugendlichen aus sozial gefährdeten Familien). Besonders wichtig ist uns dies bei Kindern und Jugendlichen. Wir wollen dazu, dass Bund und Länder eine gemeinsame Präventionsstrategie entwickeln. Die bisherigen Ministerialzuständigkeiten für Kriminalprävention im Bund wollen wir prüfen und ggf. in einem Ministerium vereinen."

Begründung

Eine freiheitliche Sicherheitspolitik darf nicht erst bei der Strafverfolgung ansetzen, sondern muss schon viel früher greifen und durch freiheitliche Präventionsmaßnahmen für mehr Sicherheit sorgen. Wir wollen uns daher für eine wissenschaftlich fundierte Kriminalpräventionsstrategie stark machen.

2013.2/011 Sicherheitsbewusstsein stärken

Antrag

Der Landesparteitag beschließt: Im Wahlprogramm wird im Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" vor dem Abschnitt "Polizei- und Ordnungsbehördengesetz" ein neuer Abschnitt "Sicherheitsbewusstsein stärken" eingefügt mit folgendem Text:

Die gefühlte Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für unser persönliches Wohlbefinden. Forschungsergebnisse zeigen aber, dass das hohe Maß an Sicherheit in Deutschland oft nicht bekannt ist und dass das Kriminalitätsrisiko oftmals weit überschätzt wird. Wir wollen daher ein Programm zur Stärkung des Sicherheitsbewusstseins und zur sachlichen Information über Kriminalität in Deutschland auflegen, um verzerrten Einschätzungen und Darstellungen der Sicherheitslage entgegen zu wirken.

Begründung

Wir wollen das Sicherheitsgefühl des Einzelnen verbessern und die Grundlage legen für eine faktenbasierte Sicherheitspolitik, in der nicht länger mit Ängsten vor Kriminalität gespielt und zu Lasten der Freiheit manipuliert wird.

2013.2/012 5-Prozent-Hürde halbieren

Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Sperrklausel

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz strebt an, die Sperrklausel bei Landtagswahlen auf 2,5% zu halbieren, und damit wenigstens teilweise dem Umstand zu begegnen, dass ansonsten Tausende von Wählerstimmen wirkungslos bleiben könnten. Gerade heutzutage, wo wir eine feinere Gliederung des Parteiensystems erleben, ist die 5%-Hürde ein zu starker Eingriff in die Gleichheit und Fairness der Wahl. Eine 2,5%-Hürde erscheint hoch genug, um eine Zersplitterung des Landtages zu verhindern, aber niedrig genug, um taktische Wahlentscheidungen zu vermeiden.

Begründung

Es gibt mittlerweile Landtage, in denen annähernd 15% der Wähler (nicht Wahlberechtigter!) nicht mehr vertreten sind, weil drei Parteien knapp an der 5%-Hürde gescheitert sind. Das ist für eine Demokratie untragbar. Gleichzeitig ist eine komplette Abschaffung der Hürde aber auch nicht erstrebenswert. Es würde sich die Verwaltung von Redekontingenten und anderen Rechten im Landtag so nicht mehr praktikabel managen lassen. Eine Halbierung auf 2,5% wäre daher angemessen. Taktische Stimmabgaben würden auch weniger attraktiv werden, denn keine halbwegs relevante Partei ist vor der Wahl nach den Umfragen "klar draußen".

Anmerkungen

"Warum überhaupt?" und "2,5% noch zu hoch?": Auch die Weimarer Republik hatte eine Hürde gegen kleine Parteien. Auf Reichsebene gab es zwar keine Sperrklausel, aber die Reichsliste zog nur, wenn auf Ebene der Wahlkreisverbände Mandate errungen wurden. Um in den Reichstag zu kommen, musste eine Partei also in mindestens einem Wahlkreisverband – in der Größe mit einem mittelgroßen Bundesland vergleichbar – 60.000 Stimmen erhalten. Bei einer heutigen Bundestagswahl ohne Sperrklausel würden dagegen bundesweit etwa 30.000 verstreute Stimmen ausreichen, um in den Bundestag zu kommen. Das ist für mich zu wenig.

"Ersatzpartei": Das Prinzip der Ersatzstimme verträgt sich leider nicht besonders gut mit Kumulieren/Panaschieren. Da es bei bspw. zehn Stimmen theoretisch möglich ist, dass ein Wähler durch Panaschieren seine Stimmen sowohl auf Parteien über, als auch unter 5% verteilt hat, müsste man bis zu zehn in Reihenfolge priorisierte Ersatzstimmen ermöglichen. Das verkompliziert sowohl Wahlvorgang, als auch Auszählung extrem, kommt im Gegenzug aber nur einer kleinen Minderheit zugute. Außerdem löst es nicht das Problem, wenn die Zweitpräferenz von Wählern ebenfalls (vor der Zuteilung von Ersatzstimmen) unter 5% liegt. Die Sperrklausel zu senken erscheint mir weitaus praktikabler, und so viele 2,5%-Parteien gibt es nun auch nicht.

2013.2/013 Briefwahl auf ein notwendiges Minimum reduzieren

Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Wie vom Bundesverfassungsgericht bereits 1981 festgestellt wurde, ist die Möglichkeit der Briefwahl problematisch im Hinblick auf die Grundsätze der freien und geheimen Wahl. Zum damaligen Zeitpunkt wurden jedoch Briefwahlunterlagen nur in begründeten Fällen ausgestellt, so dass das Gericht trotz dieser Bedenken die Briefwahl als Möglichkeit der Beteiligung ansonsten veränderter Wähler akzeptierte. Mittlerweile ist die Anzahl der Briefwähler jedoch kontinuierlich gestiegen und stellt aus Sicht der Piratenpartei ein Problem dar.

Die Piratenpartei möchte daher die Möglichkeit der Briefwahl wieder auf ein absolut notwendiges Minimum beschränken, bspw. auf Wählerinnen und Wähler, die sich längerfristig im Ausland aufhalten. Für die Masse der Briefwähler sollen dagegen andere Möglichkeiten der Stimmabgabe geschaffen werden. Mobile Wahllokale, die bereits eingesetzt werden um in kleineren Pflegeeinrichtungen, die über keine eigene Wahlurne verfügen, die Wahlteilnahme zu ermöglichen, sollen zukünftig auch einzeln im eigenen Zuhause gepflegte Personen mit einbeziehen. Für Personen, die sich am Wahltag nicht an ihrem Wohnsitz aufhalten oder anderweitig verhindert sind, soll es ermöglicht werden, unter kontrollierten Bedingungen vor dem eigentlichen Wahltermin an ausgewiesenen Orten zu wählen.

Begründung

Die Möglichkeit der Briefwahl ist eine potentielle Einschränkung der Freiheit und Geheimheit der Wahl. Im Gegensatz zur Wahl im Wahllokal lässt sich nicht überprüfen, ob der Wähler selber abgestimmt hat, oder ob er evtl. unter Druck gesetzt wurde. Gleichzeitig fördert die Briefwahl aber die Allgemeinheit der Wahl, denn sie ermöglicht Leuten die Teilnahme, die ansonsten verhindert wären. Wenn man also die Briefwahl sinnvollerweise beschränken möchte, muss man im Ausgleich andere, weniger problematische Möglichkeiten der Teilnahme schaffen.

Sonstige Anträge

2013.2/014 Bugfix für SDMV-Geschäftsordnung

Antrag

An der Geschäftsordnung zur SDMV werden folgende Änderungen vorgenommen.

- Das Wort "Versammlungsleitung" wird jeweils durch "Abstimmungsleitung" ersetzt.
- In Abschnitt 3 (Urnen) ist die fortlaufenden Nummerierung zu korrigieren.
- Absatz 3.2 (3) wird gestrichen.

Begründung

In die GO haben sich ein paar Fehler eingeschlichen, die behoben werden sollen.